

Rede am Freitag, den 25. März 2011

TOP 29: Die Abgeltungsteuer abschaffen – Kapitalerträge wie Löhne besteuern (Drs. 17/4878)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

Nun setzen wir die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt fort. Ich erteile das Wort dem Kollege Klaus-Peter Flosbach für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist erstaunlich: Es gibt viele Anträge im Bundestag, aber mit diesen Anträgen, die die Linken heute hier vorgelegt haben, ziehen Sie sich selbst die Maske vom Gesicht und zeigen, dass Sie einen Großteil der deutschen Bevölkerung enteignen wollen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Einen Großteil?

Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Der Großteil hat mehr als 1 Million? Wo leben Sie denn, Herr Kollege?)

Sie sind und bleiben Kommunisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Der Vorschlag der Linken lautet: Alle Besitzer von Immobilien, Geld- und Sachvermögen, das 1 Million Euro überschreitet, sollen durch die Besteuerung mit einem Steuersatz von 5 Prozent systematisch enteignet werden.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Nein!)

Hören Sie bitte zu.

Da ist der Handwerksmeister mit dem kleinen Betrieb in Stuttgart, der vielleicht ein Haus mit einem guten Grundstück im Innenstadtbereich geerbt hat. Eine solche Immobilie erreicht schnell einen Wert von 1 Million Euro, wenn man sie pflegt.

Ein anderes Beispiel: Ein Meister, der wahrscheinlich nicht solche Pensionsansprüche wie die linke Gruppe hier vorn hat, hat für seine Altersversorgung ein Mehrfamilienhaus gebaut, das vielleicht einen Wert von 1 Million Euro erreicht hat und aus dem er 3 bis 4 Prozent Ertrag zieht, die er natürlich versteuert.

Die Linke schlägt nun vor, dass dieser Hausbesitzer im Jahr 50 000 Euro an Vermögenssteuer abgibt. Das ist Enteignung! Das ist eine Gefahr für die Demokratie, meine liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Widerspruch bei der LINKEN)

Woher soll dieser Handwerksmeister diese 50 000 Euro überhaupt nehmen? Soll er einen Kredit aufnehmen? Wahrscheinlich wird er versuchen, dieses Haus zu

verkaufen. Aber wer kauft ein Haus, wenn klar ist, dass der neue Besitzer ebenso enteignet wird?

(Zuruf der Abg. Dr. Barbara Höll [DIE LINKE])

Was passiert mit dem Mietwohnungsbau in Deutschland? Wird es überhaupt noch Mietwohnungen in Deutschland geben, oder werden diese Kosten auf den Mieter umgeschlagen? Viele werden das Land verlassen, solange noch keine neue Mauer da ist. Sie von den Linken kennen die Wohnsituation der ehemaligen DDR bestens. Sie wollen den Wohnungsmarkt hier wie in der DDR runterwirtschaften. Dabei fühlen Sie sich offensichtlich wohl.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was ist, meine Kolleginnen und Kollegen von der Linken, mit den Kapitalwerten aus Pensionen? Unter Ihnen sind viele, die einen hohen Pensionswert haben, der sehr schnell, wenn Sie vorher als Beamte tätig waren, 1 Million Euro erreicht. Werden Sie diesen Kapitalwert auch versteuern wollen, oder halten Sie sich selbst aus der ganzen Sache heraus? Die Krise hat gezeigt, dass eine kluge Steuerpolitik in Deutschland entscheidend wichtig ist.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Genau, aber nicht Ihre!)

Eine kluge Steuerpolitik haben wir damals noch gemeinsam betrieben, als wir die Körperschaftsteuer gesenkt und damit die Betriebe in Europa wettbewerbsfähig gemacht haben. Das war eine kluge Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben Anfang des letzten Jahres Familien und Arbeitnehmer entlastet.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Warum machen Sie jetzt keine kluge Politik?)

Und wir haben die Kurzarbeit eingeführt. Dadurch konnten viele Arbeitsplätze gehalten werden. In meinem Wahlkreis unterlagen 15 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Fulltimejobs der Kurzarbeit. Glauben Sie, die Firmen hätten überall Kredit bekommen, um den Betrieb zu retten? Die Eigentümer haben zu einem großen Teil ihr gesamtes Privatvermögen eingesetzt, um die Betriebe zu retten, die Arbeitsplätze zu erhalten und wieder eine Zukunft in der Region zu haben. Ich danke diesen Menschen, die ihr Privatkapital eingesetzt haben, um die Zukunft in meiner Region zu retten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie betreiben mit Ihrem Antrag einen Anschlag auf einen großen Teil der Leistungsträger in dieser Gesellschaft,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Manfred Zöllmer [SPD]: Oh! – Zurufe von der LINKEN)

die durch ihre Steuern im Wesentlichen das Sozialsystem mitfinanzieren. Moderat dagegen ist Ihr Antrag auf Abschaffung der Abgeltungsteuer. Sie beschreiben, dass das Volumen der Einnahmen von 13,5 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf 8,7 Milliarden Euro in diesem Jahr zurückgegangen ist. Sie sind zu einem großen Teil auch Finanzpolitiker. Sie wissen natürlich auch, dass die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen von 5,36 Prozent auf unter 3 Prozent gesunken ist. Schauen Sie sich einmal die Festgelder von vor drei Jahren an, und vergleichen Sie die Zinsen mit dem heutigen Stand.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Aktienkurse steigen doch, oder?)

Natürlich sind mit dem Rückgang der Zinserträge auch die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer zurückgegangen. Jetzt kommt ein wunderbarer Satz aus Ihrem Antrag, in dem es heißt: Aber dann steigen doch die Kurse bei den einzelnen Wertpapieren, sodass die zinsbedingten Mindereinnahmen doch kompensiert worden sein müssten. Erstes Semester: Wenn die Kurse steigen, wird nur dann Abgeltungsteuer gezahlt, wenn Papiere veräußert werden. Also: Wenn keine Papiere veräußert werden, gibt es keine Steuern. Jetzt kommt das Besondere: Wenn sie veräußert worden wären, hätte bei den meisten das alte Gesetz mit dem Stand vor der Abgeltungsteuer gegolten. Danach sind diese Veräußerungen steuerfrei. Also ist der gesamte Inhalt Ihres Antrags auch fachlich völlig daneben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höll?

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Ja.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Kollege, wenn ich hier in der Diskussion Belehrungen wie „erstes Semester“ höre, dann kann ich nur sagen: Lesen bildet. Wenn Sie unseren Antrag richtig gelesen hätten, wüssten Sie, dass darin steht, dass wir zwar die Abschaffung der Abgeltungsteuer fordern, aber die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage beibehalten wollen. Das unterscheidet uns. Wir fordern nicht einfach eine Rückkehr zum alten Zustand, sondern wir wollen eine Beibehaltung der vorgenommenen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Das von Ihnen Beschriebene könnte daher nicht eintreten. Diese Unterstellung hätten Sie wohl nicht gemacht, wenn Sie den Antrag richtig gelesen hätten.

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Liebe Kollegin Höll, Sie müssen nicht nur Ihren eigenen Antrag lesen, Sie müssen auch die Beschlüsse der Großen Koalition von damals lesen. Das ist ganz wichtig. Damals sind all die Schlupflöcher, die es gab, von der Großen Koalition geschlossen worden. Das war der ganz große Unterschied. Warum haben wir den Steuersatz auf 25 Prozent gesenkt? Zum damaligen Zeitpunkt waren alle Kursgewinne nach einem Jahr steuerfrei, und vor allem große Vermögen haben insbesondere über Kursgewinne große Erträge erzielt. Das war einer der wichtigsten Punkte. Wir haben die Dividenden zu 100 Prozent besteuert; früher waren es nur 50 Prozent.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das ist ja okay!)

Es gab diskontierte Rentenpapiere, die überhaupt keinen Zinsertrag abwarfen; das ist übrigens auch ein Problem der Zinsrichtlinie gewesen. Im Ausland wurden Papiere kreiert, die überhaupt keine Zinsen abwarfen; diese wurden dort legal angelegt. Wir sind diese Punkte angegangen, damit auch die Hochverdiener in diesem Staat Steuern zahlen. Das war uns damals in der Großen Koalition sehr wichtig.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Das ist in Ordnung! Deswegen möchten wir das weiter beibehalten!)

Ich danke Ihnen für Ihre Zwischenfrage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Für Bezieher großer Einkommen war es damals wichtig, große steuerfreie Erträge zu erzielen. Je höher der Steuersatz ist, desto interessanter wird es. Bezüglich der Abgeltungsteuer gibt es den legendären Ausspruch des damaligen Finanzministers Steinbrück, der hier deutliche Worte gefunden hat. Er hat damals aufgezeigt, dass ein großer Teil des Kapitals in Deutschland nicht angelegt wird. Er hat hier im Bundestag am 25. Mai 2007 gesagt: Kein Zins, keine Dividende, keine Kapitalerträge. Da gibt es eben nichts für uns. Es ist doch logisch: Es ist besser, 25 Prozent auf X zu haben statt 42 Prozent auf gar nix. So simpel ist die Rechnung. Er hatte recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP –

Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Können Sie das belegen an den Einnahmen des Fiskus?)

Er hat damals auch gesagt, dass es besser gewesen wäre, wenn Hans Eichel im Jahre 2004 neben der Steueramnestie - diese wurde ja von der rot-grünen Koalition eingeführt – eine Abgeltungsteuer eingeführt hätte. Das wäre wahrscheinlich der richtige Weg gewesen. Auch damit hatte er damals recht. Deswegen kann ich an die Grünen und an die SPD immer nur appellieren: Arbeiten Sie mit uns zusammen. Wir hätten auch beim Schwarzgeldbekämpfungsgesetz viel besser zusammenarbeiten können, wenn Sie unserem Antrag zugestimmt hätten. Wir haben damals den richtigen und konsequenten Weg der Besteuerung fortgesetzt. Dem hätten Sie zustimmen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei der von der Linken geplanten Enteignung, der geforderten Besteuerung von Vermögen ab 1 Million Euro, stellt sich natürlich auch die Frage nach den Eigentumsrechten. Art. 14 des Grundgesetzes beginnt: „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.“ Eigentum ist die wirtschaftliche Basis von bürgerlichen Freiheiten. Ohne Eigentum ist unsere Gesellschaftsordnung nicht zu verstehen. Dies ist auch Grundvoraussetzung für die Wirtschaft.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Zwei Drittel sind davon ausgeschlossen!)

Privates Eigentum hat auch mit persönlicher Verantwortung zu tun. Eigentum verpflichtet. Wir alle kennen diesen Ausspruch. Eigentum heißt aber auch Nachhaltigkeit. Wenn beispielsweise ein Handwerksmeister eine Immobilie als Altersvorsorge hat, dann wird er diese Immobilie hegen und pflegen; denn er muss sein Einkommen im Alter, seine Rente nachhaltig daraus schöpfen. Das Problem bei Ihnen, Frau Höll, ist, dass Sie mit dem Privateigentum nichts zu tun haben wollen.

(Dr. Barbara Höll [DIE LINKE]: Blödsinn!)

Das war doch auch einer der Gründe für den Untergang der DDR. Sie haben das doch alles selbst erlebt. Sie haben die Substanz der Immobilien verbraucht. Sie haben die Substanz der Umwelt verbraucht. Ich spreche gar nicht von der Unterdrückung und Freiheitsberaubung. Sie haben in der DDR im Grunde das Material und die Umwelt ausgebeutet und auch noch die Menschen unterdrückt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Höll, Sie haben auch die Steuerbelastung insgesamt angesprochen. Es ist ganz interessant – wir haben all die Datensammlungen zur Steuerpolitik aus dem Finanzministerium; darin wird das deutlich gezeigt –: Im Jahr 2000 hatten wir einen Spitzensteuersatz von noch 51 Prozent plus Solidaritätszuschlag plus Kirchensteuer und Einnahmen – so wird es ausgewiesen – aus Einkommen und Vermögen von 240 Milliarden Euro. Im Jahr 2008 – das ist die letzte Zahl – hatten wir einen Steuersatz von nur noch 42 Prozent und Einnahmen aus Einkommen und Vermögen von 285 Milliarden Euro. Wir haben also 45 Milliarden Euro mehr, obwohl der Steuersatz von 51 auf 42 Prozent gesenkt worden ist. Das zeigt: Entscheidend ist doch nicht der Steuersatz, sondern entscheidend ist, dass die Wirtschaft funktioniert, dass wir viele Akteure am Markt haben, dass wir gute Firmen haben und dass wir vor allen Dingen gut verdienende Arbeitnehmer haben. Das gehört zusammen. Das schafft Stärke für diesen Standort und für unsere Sozialsysteme.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]:
Genau dafür sorgen wir!)

Der Kollege Koch, der in der ersten Lesung hier gesprochen hat, wird am 15. Januar im *Focus* folgendermaßen zitiert: „Der demokratische Sozialismus“ könne „nur die Vorstufe zum Kommunismus sein.“ – Er bekennt sich auch dazu. Ich kann deshalb den Kolleginnen und Kollegen der SPD für die weiteren Beratungen nur empfehlen: Machen Sie keinen Pakt mit den Kommunisten, nicht in den Ländern, nicht hier! Die Geschichte hat gezeigt, dass Sie dabei schlecht fahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie noch eine Frage des Kollegen Schick? Damit verlängern Sie Ihre Redezeit.

(Jutta Krellmann [DIE LINKE]: Was ist das für eine schräge Nummer?)

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Flosbach, ich möchte Sie noch etwas fragen. Sie haben jetzt die absoluten Steuererträge der Jahre 2000 und 2008 verglichen. Wenn ich mich an mein erstes Semester richtig erinnere, dann muss ich sagen, dass man diesen Vergleich nur dann ziehen kann, wenn man gleichzeitig zumindest die Inflation in dieser Zeit dazu nennt

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

und wenn man berücksichtigt, wie sich das Volumen der Einnahmen im Vergleich zum Wirtschaftswachstum verändert hat. Entscheidend für den Vergleich ist ja wohl die Steuerquote. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns nach diesem bewusst irreführenden Vergleich vielleicht die tatsächlichen Zahlen geben könnten oder zumindest eingestehen, dass Ihr Vergleich arg schief war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU): Ich finde diesen Hinweis sehr gut. Herr Kollege, Sie haben inhaltlich recht. Ich werde Ihre Reden, die Sie hier im Parlament gehalten haben, sehr aufmerksam nachlesen. Wann haben Sie zum letzten Mal das Wort „Inflation“ in den Mund genommen? Wir müssen zunächst immer die absoluten Zahlen vergleichen. Die Inflationsrate von 2000 bis 2008 in Deutschland lag im Durchschnitt unter 1,5 Prozent. Das wissen Sie.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und kumuliert?)

Da kommt man in der Summe vielleicht auf 15 Prozent, wenn man überhaupt so hoch kommt, und zwar kumuliert plus Zinseszinsfaktor.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Aber darüber können wir uns im Finanzausschuss gerne weiter streiten. Ich will Ihre Reden gerne nachlesen, um zu prüfen, wann Sie das letzte Mal das Wort „Inflation“ in den Mund genommen haben. Ansonsten bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)